

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Sohannsplatz 33.
Anzahl der Abnehmer:
Dienstag 10—12 Uhr.
Donnerstag 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,300.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
incl. Postgebühren 5 Rthl.
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühr 36 Rthl.
mit Postgebühr 45 Rthl.
Zusätze 5 Gelp. Zeitungs 20 Pf.
Größere Schriften laut anderen
Verzeichnissen — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.
Kartons unter dem Heftdeckel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Nr. 103.

Sonnabend den 13. April 1878.

72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 14. April nur Vormittags bis 1 1/2 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Moschees-Strasse und dem Weisenwildeuthbett gelegenen Tracte der Sebastian-Bach-Strasse soll blosirtes Straßen-Pflaster und Pflaster-Plaster gelegt und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die betreffenden Bedingungen und Formulare der Kostenanschläge können auf unserem Ingenieur-Bureau (Rathhaus, II. Etage, Zimmer 19) in Empfang genommen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:
„Pflasterungen in der Sebastian-Bach-Strasse“
bis zum 19. April dieses Jahres Nachmittags 6 Uhr unterzeichnet und versiegelt einzureichen sind.
Leipzig, den 9. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bangemann.

Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Moschees-Strasse und dem Weisenwildeuthbett gelegenen Tracte der Sebastian-Bach-Strasse sollen Granitgeschwellen gelegt und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die betreffenden Bedingungen und Formulare der Kostenanschläge können auf unserem Ingenieur-Bureau (Rathhaus, II. Etage, Zimmer 19) in Empfang genommen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:
„Schwellen-Legung in der Sebastian-Bach-Strasse“
bis zum 19. April dieses Jahres Nachmittags 6 Uhr unterzeichnet und versiegelt einzureichen sind.
Leipzig, den 9. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bangemann.

Bekanntmachung.

Die Besatzungs-Regimente der im Jahre 1878 in Leipzig, Stadt, gemusterten militairpflichtigen Mannschaften sind eingezogen und liegen auf unserem Quartieramt, Rathhaus, 2. Etage, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniss der Beteiligten gebracht wird.
Leipzig, am 6. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kamprecht.

Bekanntmachung.

Die Hälfte der einjährigen Zinsen der **Waisenrenten** ist von uns an 4 wüthige, hilfbedürftige Wittwen, welche hier ihren bleibenden Wohnsitz haben und nicht schon Unterstützung aus der Armen-Anstalt erhalten, gegenwärtig zu vertheilen.
Wittwen, welche den angegebenen Erfindungsbestimmungen entsprechen und sich um die zu vertheilenden Spenden bewerben wollen, haben ihre Gesuche längstens bis zum 20. d. d. Mon. schriftlich bei uns — Eingangsbureau Rathhaus, I. Etage, Zimmer Nr. 7 — einzureichen.
Leipzig, am 11. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wesserschmidt.

Bekanntmachung.

Die beim Abtrag des in der Canalstrasse am Elstermühlgraben gestandenen Häubchens und des dort befindlichen gewesenen Steges gewonnenen Materialien, als: **Bruch, Ziegel- und Backsteine, Sandholz, Balken, Pfosten, Bretter, Läden, Fenster** etc. sollen in kleineren Partien in der Nähe der Abbruchstelle **Donnerstag den 18. dieses Monats** von früh 9 Uhr an gegen Baarzahlung und unter den an Ort und Stelle bekannt zu gebenden weiteren Bedingungen an die Meistbietenden verkauft werden.
Leipzig, den 11. April 1878.
Des Raths Deputation.

Bekanntmachung.

Wegen des Baues der Brücke über den Elstermühlgraben zur Verbindung der Canalstrasse mit der Frankfurter Strasse wird der dort befindliche Steg am Montag den 15. dieses Monats abgebrochen und es bleibt von da an bis zur Vollendung der Brücke die Passage über den Mühlgraben an der bezeichneten Stelle gesperrt.
Leipzig, am 12. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdlin. Bangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß der Klemmer Herr **Wilhelm Reinhard Wäge**, Brandweg 5, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besig der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, am 8. April 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Städtische Gewerbeschule.

Die Schülerarbeiten bleiben von **Freitag den 12. bis Sonntag den 14. d. Mts.** von früh 10 bis Mittags 1 Uhr im Schullocale, östlicher Flügel der III. Bürgerstraße, ausgehellt.
Die Direction der Städtischen Gewerbeschule.
Rieser, Prof.

Leipzig, 12. April.

Neben dem Umschwung, den Fürst Bismarck der deutschen Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu geben sucht, geht eine Wendung her, die sich im Kirchenkampfe ankündigt. Das die Unterhandlungen zwischen Rom und Berlin im Gange sind ist wohl nicht zu bezweifeln, doch scheinen sie sich sehr langsam vorwärts zu bewegen. Die ersten Grundlagen der Unterhandlungen, die zwischen Kaiser und Papst gewechselten Briefe, liegen leider noch immer nicht in authentischer Fassung vor. In Betreff des päpstlichen Schreibens sind wir auf die Wiedergabe eines belgischen Blattes (des „Preurleur“) angewiesen, nach welchem das Schreiben folgenden Wortlaut haben soll:

Papst Leo XIII.
entbietet dem allerberühmtesten und mächtigsten Kaiser und König seinen Gruß.

Durch die unerforschlichen Wege des Herrn und ohne irgend ein Verdienst von unserer Seite sind wir auf den Stuhl des Apostels erhoben worden, und wir erlangen und die angenehme Pflicht auf, Ew. kaiserliche und königliche Majestät, unter deren mächtigem und ruhmreichen Scepter eine so große Anzahl von Anhängern unserer heiligsten Religion lebt, von dieser Thatfache unverzüglich in Kenntniss zu setzen. Da wir zu unserem Bedauern die Beziehungen, welche in früherer Zeit so glücklich zwischen dem h. Stuhl und Ew. Majestät bestanden, nicht mehr vorfinden, so wenden wir uns an Ihre Hoheherlichkeit, um zu erlangen, daß der Friede und die Ruhe des Gewissens diesem beträchtlichen Theile Ihrer Unterthanen wiedergegeben werde. Und die katholischen Unterthanen Ew. Majestät werden nicht verfehlen, wie es ihnen ja auch der Glaube vorschreibt, zu dem sie sich bekennen, sich mit der gewissenhaftesten Ergebenheit achtungsvoll und treu gegen Ew. Majestät zu zeigen.

In vollster Ueberzeugung von der Gerechtigkeit Ew. Majestät rufen wir Gott den Herrn an, daß er Ihnen die Frühe seiner himmlischen Gaben verleihe, und sehen wir an, er wolle Ew. Majestät mit uns durch die Bande der vollkommensten christlichen Liebe vereinigen.

Gebeten zu Rom, in der Basilika von St. Peter, den 20. Februar 1878, im ersten Jahre unserer Regierung.
Gezeichnet Papst Leo XIII.

Inwiefern die Wiedergabe wortgetreu ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen; unwahrscheinlich ist es nicht, daß wir hier den Wortlaut des Schreibens vor uns haben, welches entgegenkommend gehalten ist, ohne gerade viel zu versprechen, ohne den Papst irgendwie zu binden und auch nur entfernt die Unterwerfung der Kirche anzudeuten.

Ueber die Antwort des Kaisers bringt die „Akte“ einige werthvolle Andeutungen. Das Schreiben soll bereits in voriger Woche durch Vermittelung der bayerischen Gesandtschaft an den heiligen Stuhl gelangt sein. Die päpstliche Kurie soll von dem mit so großer Spannung erwarteten kaiserlichen Epistel nur mittelwägig befriedigt sein, indem dieselbe Nichts enthalte, was ein Licht über die Meen der deutschen Regierung in Bezug auf die religiöse Frage und vornehmlich über die Wiederherstellung der Beziehungen verbreitete. Kaiser Wilhelm begnügt

sich in seinem äußerst höflich abgefaßten Briefe, dem Papste für die ihm gemachte Mittheilung zu danken und Se. Heiligkeit seiner immerwährenden Wohlgenenigkeit zu versichern; was jedoch den von Leo XIII. ausgedrückten Wunsch anbelangt, die Uebel, von welchen die katholische Kirche in Preußen heimgesucht sei, aufzuheben, so drückt Se. Majestät nur den Wunsch aus, es möchte der Streit ein Ende nehmen, damit die Wiederaufnahme aufrichtiger Beziehungen gestattet sei.

Uebrigens, meint die „Akte“, habe es nicht bei dem bloßen Briefwechsel sein Bewenden, indem sich die Reserve Sr. Majestät damit erklären lasse, daß die Verhandlungen durch Unterhändler geführt werden. Weiderseits sei man bemüht, die Schwierigkeiten hinwegzuräumen. Der Reichskanzler sowohl als der Minister Falk bräuchten die Frage offen auf Tapet und erklärten, die Raigegehe müßten als Grundlage betrachtet werden, indem nur, wenn man sie zum Ausgangspunkte nehme, ein Einvernehmen möglich sei. Im Vatican ist eine besondere Cardinalcongregation mit der Prüfung jener Gesetze beauftragt, um zu sehen, ob dieselben einer Einvernehmen gestattenden Auslegung fähig sind. Es tauchen hierbei zahlreiche Schwierigkeiten auf; die Theologen glauben, die kirchlichen Satzungen gestatten nicht die Anerkennung von Gesetzen, welche eine Negation der Satzungen selbst seien. Dem entgegen betrachten andere die Frage von einem verschiedenen Gesichtspunkte, indem sie dasirhalten, daß eine Erklärung der preussischen Regierung, was die Auslegung und Handhabung der in Rede stehenden Gesetze anbelange, hinreichend sein würde. Fürst Bismarck selbst ist wiederum der Ansicht, daß ein Antrag solcher Art mäßig wäre, indem sich nach ihm die Raigegehe zu Auslegungen in einem anderen Sinne nicht eigneten, und was dann die Strenge anbelangt, mit welcher sie angewandt würden, so weist der Reichskanzler des Beispiels halber auf Bayern hin, mit welchem der Vatican Beziehungen unterhalte und ein Concordat unterzeichnet habe, durch welches der katholischen Kirche eine nicht minder schwierige Lage als diejenige erwachsen sei, welche sie aus den in Preußen erlassenen Gesetzen ableite. Der Vatican wies auch darauf hin, daß rücksichtlich der Art des Vorgehens der preussischen Regierung den Bischöfen gegenüber Abänderungen in dem bisherigen Verfahren zu treffen sein würden. Er hob hervor, wie gewisse Bischöfe der Gegenwart unaufhörlicher, hartnäckiger Verfolgungen seien, während andere unter der Gerichtsbarkeit unparteiischer Behörden stehende nicht beunruhigt würden, weshalb der Vatican auf einer gleichmäßigen Behandlung aller beharren würde. Darauf erwiderte die preussische Regierung, daß diejenigen Bischöfe, welche keinerlei Verfolgung erlitten hätten, jene seien, welche sich klugen Sinnes und guten Glaubens erwiesen, wogegen den anderen der Krieg erkläre würde, weil sie denselben erklärt hätten. — Kurz die Unterhandlungen drehen sich noch immer im Kreise.

Der „Observatore Romano“, das Organ der

römischen Ueberwähligen, bemerkt, daß ein kirchenpolitischer Umschwung in Deutschland unbefreitbar sei und durch allerorts eintreffende Nachrichten bestätigt werde. Der berückichtigte Kulturkampf, der gleichbedeutend mit einer Religionsverfolgung der Katholiken gewesen, stände im Begriff nachzulassen, ja vielleicht aufzuhören. Einen Beweis für diese Schwöpfung liefere auch die Ernennung preussischer Minister, die wegen ihrer conservativen Meinung bekannt seien, so namentlich der neue Minister Graf Botho Eulenburg. Der „Observatore“ fährt dann fort:

„Es ist aber glaublich, daß Fürst Bismarck, endlich belehrt, aus Gerechtigkeitsliebe einer besseren Einsicht folgt? Leider ist eine aufrichtige Belehrung des größten modernen Religions-Verfolgers nicht anzunehmen. Nur ein hochwichtiger politischer Zweck begründet den Umschwung. Die europäischen Verbältnisse zwingen im Augenblick den Fürsten Bismarck, den innern Frieden zu suchen, um seine auswärtigen Pläne ausführen zu können.“ Dieser Versuch des Fürsten Bismarck, zu einem Religionsfrieden zu gelangen, sei der beste Beweis dafür, daß der europäische Krieg unvermeidlich sei. Ein Bismarck'scher Religionsfrieden sei aber im Grunde nur ein Bismarck'scher Krieg, obgleich die deutsche Regierung im Augenblick bereit sei, Alles zuzugestehen. Zum Schluß sagt der „Observatore“: „Wir sind immerhin erfreut über den Waffenstillstand, aber wir raten den Katholiken, sich keinen Täuschungen über die Beweggründe hinzugeben, Erst der Ausgung des europäischen Krieges wird die wirkliche Haltung des deutschen Cabinetes im Religionskampfe bestimmt. Hoffentlich führen die gegenwärtigen Conflicte zum Triumph der Wahrheit und der Wiedergeburt der Völker.“

Das heißt aus gut deutsch: Den Waffenstillstand acceptiren wir einstweilen; aber hoffentlich bekommen wir einen allgemeinen Krieg und Preußen in demselben seine Schläge. — Danach scheint es uns, als ob wir von der Einstellung des Kirchenkampfes noch sehr weit entfernt wären; vielleicht ist es mit der Schutzöllnerlei ebenso.

Fürst Bismarck selber soll die ihm zugeschriebenen Gedanken an eine Auflösung des Reichstages bestritten haben. Dennoch hält die „Befr. Ztg.“ die Frage nicht für überflüssig, wie er den Wunsch, den alten Reichstag beizubehalten, mit anderen, nach besten Nachrichten vorhandenen Neigungen wird in Einklang bringen können. Wie jetzt der Wind weht, sage ganz deutlich der kuffen erregende Artikel der „Prov. Corr.“, aus welchem man klar ersehe, daß der Kanzler ein vollständig schützöllnerisches Programm habe. Die beschlossenen Enquêtes über die Eisen- und Baumwollenindustrie, die unumwundene Behauptung wegen baldiger Wiedereinführung der Eisenzölle, der Hinweis auf das sehr schützöllnerische Frankreich als Musterland nationaler Wirtschaftspolitik, die Bezeichnung der Freihandelswissenschaft als Schulmeinung, die Denuncirung ihrer Sätze als Schlagworte, das seien Zeichen mehr als genug, und ihnen stehen keine gegenheiligen gegenüber. Von den extremen Unterstellungen, als wolle man zu dem Tabakmonopol auch noch das Zucker- und Wott weis was für andere Monopole fügen,

brauche man nicht anders Notiz zu nehmen, als zu constatiren, daß sie viele Liberale, die beim Tabak wegen der hohen Erträge eine Ausnahme vom Princip machen wollten, bestimmt haben, nicht dem Teufel den kleinen Finger zu geben, sondern fest beim Princip zu bleiben. Die ausschlaggebende Partei im Reichstage soll daher auch bestimmt entschlossen sein, aus dem Tabakmonopolgesetz die Möglichkeit der Hinführung auf Monopol zu befeitigen. Es sei aber sehr wohl möglich, daß der Kanzler sich mit einem so amendirten Gesetze nicht zufrieden geben werde, ohne die Majorität zu einem anderen bewegen zu können. Habe er die freihändlerischen Elemente aus der Regierung entfernt, so werde er nicht bei dem vorhergehenden Widerstande des Reichstages die Hund sinfen lassen. Wolle er schützöllnerisch regieren, die bekannten finanziellen Curen durchführen, mit einem Ministerium regieren, das wenig oder keine Fühlung zur nationalliberalen Partei habe, so bedürfe er einer anderen Reichstagsmajorität, und auch der Wunsch, den Reichstag nicht aufzulösen, werde stärkeren Wünschen das Feld räumen müssen. Es gebe ferner noch mancherlei Gründe, die auf eine baldige Verwirklichung der Auflösung hindeuten. Sein angegriffener Gesundheitszustand treibe den Kanzler zur Eile. Die Lage trage daher trotz wiederholter Dementis den Charakter der Spannung, ob, wann und wegen die Auflösung erfolgen werde.

Dagegen schreibt die „B. A. E.“ (das Organ Paster's): „Das Gerücht von Auflösungsabsichten ist durch Agitatoren der extremsten Schutzöllnerbewegung erfinden worden, welche dadurch ihrer Sache einen Dienst zu erweisen glauben, daß sie dieselbe zu der Wichtigkeit einer die ganze innere Lage beherrschenden Beilage aufbauschen. Der erhöhten Tagesagitation ist ja schon ein augenblicklicher sensationeller Erfolg erwünscht, weil sie davon ihre Existenz eine Zeit lang weiter zu fristen vermag. Kein überlegender Politiker dürfte aber daran glauben, daß die Reichsregierung mit neuen Männern in den gerade für diese Fragen maßgebenden preussischen Ressorts an ihrer Seite noch vor ausgeprochenem Programm und vor jeder Vethätigung jener Männer in der Verwaltung, in eine durch die Auflösung des Reichstages verstärkte Wahlcampagne eintreten würde. Daß an das Auflösungsgerücht dennoch einen Augenblick geglaubt und daß es im Reichstage selber zur Grundlage von „Wahlreden“ gemacht wurde, beweist nur, wie groß die Erregtheit der Gemüther und — die Unklarheit der Situation ist. Nach Ursprung, Absicht und Aufnahme steht dieses Auflösungsgerücht in Parallele mit dem kurzlebigen Mobilisierungsgerücht.“

Leipzig, 12. April.
In der nationalliberalen Fraktion wurde am Donnerstag die Vorlage, die Enquete über den Tabak betreffend, zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Nach eingehender Discussion kam

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. April.

In der nationalliberalen Fraktion wurde am Donnerstag die Vorlage, die Enquete über den Tabak betreffend, zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Nach eingehender Discussion kam